



Mehr Arbeitslose...

Große Anfrage der PDS in der BVV

2

Verabredung zum Handeln

Interview mit Ilja Seifert, PDS-Bundesvorstand

3

Eine bessere Welt ist möglich. . .

Mitmachen beim Konvoi für eine Agenda Sozial

„In Deutschland wird der brutale Angriff auf die Sozialsysteme seit Bestehen der BRD vorbereitet und durchgeführt. Schröders Agenda 2010 ist die Demontage von sozialer Sicherheit des Einzelnen und die Überführung des Gesellschaftssystems in eine neoliberale Zukunft, in der der Mensch und diese Erde als Kostenfaktor, als Ware definiert wird und ist.“

Der Aufruf des Arbeitskreises „B 96 und B 96a in und bei der PDS“ macht schon am Anfang deutlich, dass die Zeichen der Zeit auf Sturm stehen. Arbeitgeberverbände und deren politische Interessensvertreter in CSU, CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Grüne blasen inzwischen einmütig zum Angriff auf soziale Errungenschaften in Deutschland. Die drastische Sprache ist angemessen angesichts der sozialen Grausamkeiten, die derzeit in den „think tanks“ neoliberaler Wirtschaftsstrategen ausgebrütet werden.

„Hartz-Konzept“, „Rürup-Kommission“, „Gesundheitsreform“ stehen heute als Synonyme für die unsozialen, ungerechten und untauglichen Versuche, innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung Antworten auf und Lösungen für drängende soziale, wirtschaftliche und ökologische Fragen zu finden. Für Kanzler Schröder ist diese Politik alternativlos. Für uns nicht! Lassen wir uns nicht länger für dumm verkaufen!

„Weltklasse“ in der Arbeitsproduktivität, Steigerung der Ausfuhren trotz des starken Euro auf der einen – niedrige Lohnabschlüsse, Arbeitszeitverlängerung auf der anderen Seite. In dieser Gesellschaft gibt es kein Wachstums-, es gibt ein

Heraus zum Konvoi !

mit Rädern, Skates, Fahrzeugen ...

am 6. September 2003

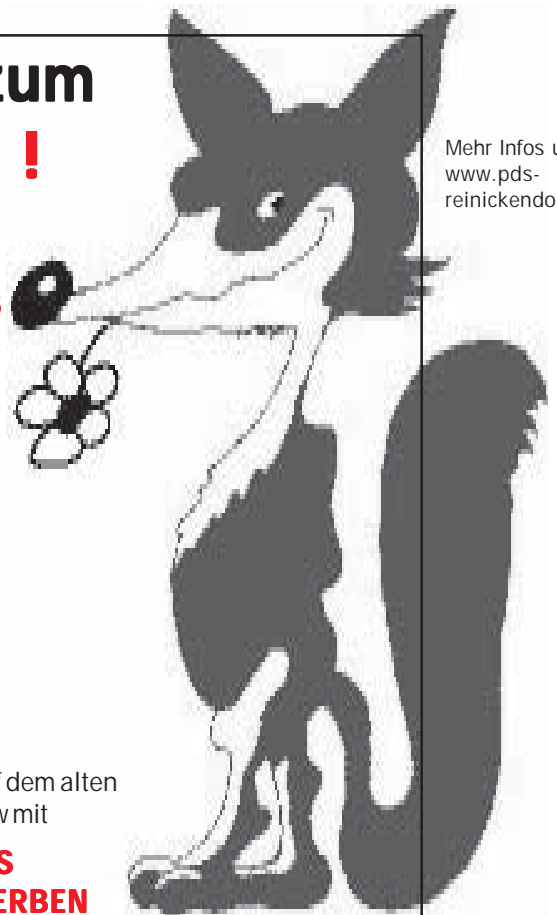
Stationen:

Pankow	
Anger/ Breite Str.	11:00 Uhr
Reinickendorf	
Gorkistr.	13:00 Uhr
Glienicke	
Dorfanger	14:15 Uhr
Hohen Neuendorf	
S-Bahnhof	15:30 Uhr
Schildow	
alter Sportplatz	17:00 Uhr

Und anschließend:

18 bis 21 Uhr Konzert auf dem alten Sportplatz Schildow mit

NEUES GLAS AUS ALTEN SCHERBEN



Mehr Infos unter
www.pds-reinickendorf.de

Verteilungsproblem.

Die Alternativen liegen auf dem Tisch. Wir gehen auf die Straße, um sie öffentlich zu machen – bunt, laut, fantasievoll, verständlich. Sie sind realistisch, können und müssen umgesetzt werden.

Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Besteuerung von Spekulationsgewinnen, ein solidarisches Gesundheitssystem, Arbeitszeitverkürzung, Realisierung eines Mindesteinkommens, Unternehmensbesteuerung nach Betriebsergebnis, eine neue Bewertung

menschlicher Tätigkeit – nur einige Stichworte, die für fortschrittliche, am Menschen orientierte Vorschläge stehen, die in den meisten Massenmedien nicht oder kaum thematisiert werden.

Wir werden am 6. September einen Konvoi bilden, in Pankow, Reinickendorf, Glienicke, Hohen Neuendorf und Schildow ein Zeichen setzen für ein solidarisches und soziales Gesellschaftssystem, gegen die Agenda 2010. Eine bessere Welt ist möglich!

Jürgen Schimrock

Zum Beispiel Reinickendorf:

Mehr Arbeitslose, mehr Sozialhilfeempfänger, größere Lasten für den Bezirk

Große Anfrage der PDS zur Beschäftigungspolitik

„Besch...“ nannte die SPD-Bezirksverordnete Burk die Situation (was ihr einen leichten Tadel des BVV-Vorstehers einbrachte). Aber „Hartz“ sei eben der Versuch, es „mal anders“ zu machen. Die Bundesregierung müsse sicher noch etwas „nachbessern“, um „die Probleme letztlich zum guten Ende zu führen“. Peinlich, hilflos, realitätsfern.

Dabei hatte Bürgermeisterin Wanjura zuvor in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der PDS in der Juni-BVV zu den Auswirkungen des „Hartz- Konzeptes“ auf den Bezirk ernüchternde Fakten angeführt:

Originalton Wanjura: „Durch die geplanten Maßnahmen und Haushaltskürzungen der Bundesanstalt für Arbeit entstehen erhebliche finanzielle Verschiebungen zu Lasten des Bezirkes“. Dazu gehören nach ihrer Auskunft:

- der Anstieg der Arbeitslosenquote im Bezirk (von 13,1 % im Dez. 2001 auf 16,9 % im März 2003);

- weiterer Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit „durch fehlende Ausbildungsmöglichkeiten und die geringere Anzahl von berufsvorbereitenden Maßnahmen“;

- „die Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld führt bei mangelndem Arbeitsplatzangebot zwangsläufig zur Zunahme der Sozialhilfeempfänger“ (im 1. Quartal 2003 rund 400 Neuanträge);

- durch die Reduzierung von Fördermitteln für die berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung Rückgang an Qualifizierungsmaßnahmen im Bezirk bisher um ca. 45 Prozent, Entlassungen bei Bildungsträgern zwischen 30 und 50 Prozent;

- dadurch reduzierte Vermittlungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose, Sozialhilfeempfänger u.a., Schließung der bezirklichen „regionalen Beschäftigungsagentur“ zum 30.6.2003, „da keine Förderung mehr erfolgt“;

- finanzielle Defizite im Z-Teil des Bezirkshaushaltes.

Die bezirklichen Möglichkeiten der Einflussnahme - so Frau Wanjura seien begrenzt. Die von ihr geleitete Stabsstelle Wirtschaftspolitik, das bezirkliche Bündnis für Wirtschaft und Arbeit versuchen, sich auf die veränderten Bedingungen einzustellen und neue Beschäftigungs- und Ausbildungsangebote zu schaffen. Dabei würden spezifische Förderprogramme des Landes Berlin und der EU genutzt.

„Hartz“- das ist in Reinickendorf wie anderswo Raubbau am Sozialstaat mit gravierenden Folgen für die sozial Schwächsten, mit erheblichen Auswirkungen für die Kommunen, stellte PDS- Bezirksverordnete Renate Herranen in der Aussprache resümierend fest. Alternativen sind gefragt.

Klaus Gloede

Auf Anfrage von Renate Herranen informierte Jugendstadtrat Senftleben (SPD), dass zwischen Januar und Mai 2003 im Bezirk die **Kitaplätze** von 85 Kindern wegen nicht bezahlter Kitabeiträge gekündigt wurden. Das Jugendamt erweise den betroffenen Familien differenzierte Hilfe, der größere Teil der Kinder wurde wieder aufgenommen.

Eine weitere Anfrage der PDS-Bezirksverordneten bezog sich auf die Verbreitung des kürzlich vorgelegten **Berliner Bildungsplanes** und die Diskussion desselben in Reinickendorfer Kitas.

Schulstadtrat Ewers (CDU) legte die negative Position des Bezirksamtes zur Senatsentscheidung über die **Aufhebung der Lernmittelfreiheit** in Berlin dar. Das Bezirksamt hätte eine Regelung nach dem Brandenburger Modell begrüßt, wie von der PDS vorgeschlagen.

Renate Herranen befürwortete die Dringlichkeitsanträge, **hochbegabte Schülerinnen und Schüler zu fördern** (CDU) bzw. **Konsequenzen aus der Sprachstandserhebung „Bärenstark“** (SPD) zu ziehen, in den zuständigen Fachausschüssen zu behandeln.

Trotz ausführlicher Erläuterung der rechtlichen Grundlagen war der **Umgang mit strafunmündigen Serientätern** für die CDU Vorwand, der SPD und dem Jugendstadtrat in peinlicher Wahlkampfmanier die Missachtung der Sicherheitsinteressen der Reinickendorfer vorzuwerfen. Die BVV- Mehrheit verwies das Thema erneut an den Jugendhilfeausschuss.

K.G.

„Wir“ dokumentiert

Renate Herranen, Bezirksverordnete der PDS, stellte folgenden Antrag an die BVV Reinickendorf (Drs. 0617/XVII):

Umbenennung der Berliner Straße in Tegel in „Allee der Hennigsdorfer“

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, dass anlässlich der Erinnerung an den 17. Juni 1953 im Jahr 2004 die Berliner Straße im Ortsteil Tegel in „Allee der Hennigsdorfer“ umbenannt wird. Es kann dies auch für eine andere Straße im Bezirk ver-

anlasst werden, über die Hennigsdorfer Arbeiterinnen und Arbeiter demonstrierend zogen.

Begründung:

Die Erhebung der Arbeiterschaft in der DDR am 17. Juni 1953 gehört in die große Tradition des Kampfes um soziale Gerechtigkeit und Freiheit. Seit Beginn des 19. Jahrhunderts wurden diese Proteste von den unteren Schichten getragen. Bis auf den heutigen Tag findet sie in den Äußerungen des Unmuts über den geplanten Sozialabbau (z. B. Agenda 2010) von Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen ihre Fortsetzung.

In Anerkennung seiner Verdien-

te um die Entwicklung von Demokratie und allgemeiner Wohlfahrt auch in der Bundesrepublik sollte der Demonstrationzug der Hennigsdorfer Stahlwerker, dem sich auch viele Reinickendorfer Arbeiter anschlossen, im Bezirk ein deutliches Zeichen gesetzt werden.

Beschluss der 18. Tagung der BVV: Überweisung an den Kulturausschuss

Renate Herranen gegenüber „Wir“: Das Echo bei anderen Parteien und in der Presse auf unseren Vorschlag freut mich. Ich denke, wir finden eine Lösung, die die Hennigsdorfer Stahlarbeiter ehrt und die Reinickendorfer nicht verärgert.

Registrierte Arbeitslose im Juli 2003:
4,352 Mio (10,4 %) in Deutschland
309.924 (18,3 %) in Berlin
17.986 (16,0 %) in Reinickendorf

Informationen über die Arbeit der PDS Reinickendorf in der BVV finden Sie unter www.pds-reinickendorf.de

Verabredung zum Handeln

PDS-Sonderparteitag: Sozialstaat ist kein Luxus, sondern notwendig

Gespräch mit Ilja Seifert, Mitglied des Bundesvorstands der PDS und engagiertes Mitglied der deutschen und der europäischen Behindertenbewegung

Als Schröder seine Agenda 2010 gerade präsentiert hatte, sagte der Kabarettist Dieter Hildebrandt in einer Scheibenwischer-Sendung sinngemäß, nun würde die PDS tatsächlich mal gebraucht, aber gerade da fiele sie einfach in sich zusammen. Ist der Zusammenfall nun vorbei?

Immerhin wurden auch zu dieser Zeit unsere Vorschläge mehr als zuvor beredet. Damit meine ich zum einen die *Bürgerversicherung*, über die man in den Parteien, Gewerkschaften und Bewegungen redet, entweder dafür oder dagegen. Die PDS schlägt das seit zehn Jahren vor: ein Solidarsystem für alle, in das jeder nach seinem Einkommen ein-zahlt, wobei nicht nur die Arbeitseinkommen, sondern alle Einkommensarten herangezogen werden. Zum anderen meine ich die *Wertschöpfungsabgabe*, die den Arbeitgeberanteil bei den Sozialversicherungen ersetzen sollte - nicht nach der Lohnsumme, sondern nach dem Betriebsergebnis. Sie hätte den Vorteil, dass arbeitsintensive Betriebe - Handwerksbetriebe zum Beispiel - beträchtlich entlastet würden.

Von PDS-Urheberschaft ist dabei aber nicht die Rede.

Politik hat immer zwei Ziele: Erstens, es gerät etwas in Bewegung und zwar in die richtige Richtung. Alternativen sind sichtbar. Zweitens, die PDS wird als wichtig erkannt.

Inzwischen hat ein Sonderparteitag der PDS stattgefunden. Bist du mit den Ergebnissen zufrieden?

Die außerordentliche Tagung des Parteitages hat erreicht, was möglich war, und sie hat erreicht, was notwendig war. Der Parteitag beschloß eine Handlungsrichtlinie für den Vorstand. Es wird wieder mit Zuversicht gearbeitet. Die strittigen inhaltlichen Fragen sind nach wie vor offen, aber die streitenden Flügel handeln überwiegend gemeinsam. Und zwar bei den Fragen, die aktuell auf den Nägeln brennen: für eine Agenda Sozial und gegen die Kanzler-Agenda 2010.

Nebenbei - welchem Flügel gehörst du an?

Keinem. Aber ich möchte auch keinen missen. In beiden weiß ich Genossen, die ich sehr schätze. Un-

terschiedliche Sichten bringen mehr Ideen. Wenn wir dabei im Auge behalten, dass eine Partei ein Ort ist, wo man sich zum gemeinsamen Handeln zusammen findet, weil keiner allein seine Ansichten ausreichend wirkungsvoll durchsetzen kann - dann ist Vielfalt ein großer Vorzug.

Wieso ist die Agenda 2010 kein Zukunftsprojekt?

Jede Gesellschaft funktioniert nur, wenn sie alle einbezieht, sowohl bei den Errungenschaften wie bei den Problemen. Die Agenda 2010 grenzt aus. Sie sichert den „Starken“ einen höheren Anteil am gesellschaftlichen Mehrprodukt. Vor allem durch Abbau der sozialen Sicherungssysteme, also, indem sie den „Schwachen“ nimmt. Und durch Steuergeschenke. Also Umverteilung von unten nach oben, anstatt - wie es gerecht wäre - umgekehrt. Prinzipien der Selbstverantwortung und der Eigenvorsorge klingen gut. Aber wer nichts übrig behält, wenn er von seinem Einkommen gerade so den Lebensunterhalt bestreitet, der kann schlecht vorsorgen. Außerdem gibt es immer Menschen, die psychisch oder aus anderen Gründen nicht zur Vorsorge fähig sind. Da muss es so etwas wie Fürsorglichkeit geben.

Vor allem müsste eine zukunftsfähige Agenda davon ausgehen, dass es an Arbeitsplätzen und nicht an Arbeitswillen fehlt.

Der Gegenvorschlag der Gewerkschaften zur Agenda 2010 geht davon aus und fordert eine Politik der Nachfragebelebung durch staatliche Investitionen. Wir sehen das ähnlich, allerdings sollte das kein Konjunkturprogramm sein wie schon öfter gehabt. Wir setzen uns ein für eine konzentrierte und innovative Förder- und Strukturpolitik, die regional orientiert sowie nachhaltig sozial und ökologisch ausgerichtet ist.

Die Reichen müssen reicher werden, damit sie investieren und Arbeitsplätze schaffen können, hat uns die Kohl-Regierung über lange Jahre gesagt. Am Ende stand 1998 eine breite Bewegung „Aufstehen für eine andere Politik“. Die Schröder-Regierung verteilt weiter von unten nach oben



um und die CDU weiß schon nicht mehr, wie sie sich als Opposition profilieren soll. Wieso eigentlich ist da kein neuer Aufstand für eine andere Politik zu sehen?

Mag sein, diese Erfahrung macht viele mutlos. Es wird uns pausenlos gesagt, dass wegen der dümpelnden Wirtschaft nichts anderes möglich sei als Rückführung staatlicher Intervention und Sozialabbau. Schlimmer noch, inzwischen gilt schon als „Schmarotzer“, wer Solidarität in Anspruch nehmen muss. Wer mag da sagen, wann und in welcher Breite eine Bewegung entsteht? Eine Partei kann das nicht organisieren. Sie sollte zwar anregende Ideen hervorbringen, aber ihre eigentliche Aufgabe ist, die Anregungen, die aus der Gesellschaft kommen, in gesetzgeberische Arbeit umzusetzen.

Was hältst du von der Idee eines Sozialkonvents zur Reform des Wirtschafts- und Sozialsystems?

Das ist eine Möglichkeit, von vielen Seiten Ideen und Vorschläge zusammen zu tragen. Es kann ein Forum sein, auf dem unterschiedliche gesellschaftliche Kräfte Gemeinsamkeiten finden und ihre Aktionen koordinieren. Es wäre gut, wenn das zustande käme.

Die Fragen stellte Hans Schuster

„Bevor SPD, Grüne und die bürgerlichen Oppositionsparteien das >Ende des Jahrhunderts der Sozialpolitik< verkündeten und praktizierten, hatten sie bereits in den achtziger und neunziger Jahren ... das Jahrhundert aktiver staatlicher Wirtschaftspolitik beendet. Aber ohne die Fähigkeit des Staates und der Gesellschaft zu aktiven Wirtschafts-, ökologischen Industrie- und Regionalpolitiken wird es bei einem ... zerstörerischen Standortwettbewerb bleiben.“

Aus: Gerechtigkeit ist das Brot des Volkes - Beschluss der außerordentlichen Tagung des 8. Parteitages der PDS

Riesenstimmung beim Inselrock 2003...

...aber jetzt ist die Insel verkauft

Sonnabend, 28. Juni. Insel im Tegeler Hafen. Organisiert von der PDS Reinickendorf und den „chAoskindern“ der Villa Kunterbunt, lockte das 3. Rockkonzert Reinickendorfer Bands bei strahlendem Sonnenschein mehr als 500 Besucher auf die Festwiese. Viele junge Leute, aber auch Anwohner solidarisierten sich mit dem Anliegen des Konzerts, erneut ein Zeichen des Protestes gegen den geplanten Verkauf der Insel und für den Erhalt der Wiese als öffentlicher Raum zu setzen.

Als Hauptattraktion spielte die Band „Neues Glas aus alten Scherben“, die sich u.a. aus ehemaligen Mitgliedern der Bands „Ton, Steine, Scherben“ und „Söhne Mannheims“ zusammensetzt. Anders als bei den anderen Gruppen war ihr Auftritt „unplugged“. Neben neuen Liedern wurden auch alte von den „Scherben“ (u. a. „Der Traum ist aus“) gespielt.

Die Fans bejubelten „ihre“ Musiker. Die Stimmung war grossartig.

Ein Preisausschreiben- Hauptpreis war ein DVD-Player- verführte 45 Besucher zur Teilnahme an einem kleinen Wissenstest- „weit weg von Pisa“. An einer Frage scheiterten die meisten:

**Ihr seid noch immer da!
Nein das ist unerhört./Verschwindet doch! Wir haben aufgeklärt./Das Teufelszeug, es fragt nach keiner Regel,/wir sind so klug, und dennoch spukts in Tegel.**

Von wem stammt der Vierzeiler? Zur Auswahl standen Alexander von Humboldt, Goethe und Marlies Wanjura. Humboldt wurde von den meisten Teilnehmern als Autor genannt. Einige trauten auch unserer Bürgermeisterin solch lyrisches Talent zu. Kaum einer wusste oder erriet die richtige Antwort: Faust, Johann Wolfgang von Goethe.

Ob es 2004 ein 4. Rockkonzert geben wird, steht in den Sternen. Die Insel ist verkauft...

Michael Rohr/ Klaus Gloede



Foto: Marion Lubina

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel.

Öffnungszeiten:
Mo - Fr 15.00 bis 18.00 Uhr
Tel.: 4373 2630
Fax: 4373 2632

e-mail:
info@pds-reinickendorf.de
internet:
www.pds-reinickendorf.de

Am Rande

Ein spezieller Beitrag

Im Rat der Bürgermeister sprach sich Bezirksbürgermeisterin Wanjura dafür aus, neue Gaststättenbetreiber zu „entlasten“, ihnen mehr „Entscheidungsfreiheit“ zu gewähren. Konkret stellte sie den Antrag, dass die sog. Barrierefreiheit, die im „Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen“ festgeschrieben ist, bei einem Betreiberwechsel nicht unbedingt garantiert zu werden braucht. Ein entsprechend notwendiger Umbau soll von den Wirtschaftsämtern zwar empfohlen werden, die Entscheidung darüber den Gastwirten aber freigestellt sein. So wird also die Umsetzung eines Gesetzes, das behinderten Menschen mehr Rechte und Lebensqualität sichern soll, abhängig von der Gewinnerwartung der Gewerbetreibenden.

Frau Wanjura kann es nicht deutlicher machen, wo ihre Präferenzen liegen. Grotesk: Fast wäre Frau Wanjura sogar Behindertenbeauftragte des Bezirkes geworden! Sie hält sich an die Maxime ihrer Partei „Geht es der Wirtschaft gut, geht es auch den Menschen gut.“ Ist es nicht an der Zeit, dieses Primat endlich umzukehren?

Manchmal, z. B. in der BVV (s. S. 2 unserer Zeitung) schlägt tatsächlich das soziale Herz der gelernten Krankenschwester. Aber da geht es ja gegen den politischen Gegner und dessen erfolglose Konzepte.

Nein, Frau Wanjura, Sie müssen sich schon entscheiden: Halten Sie es mit der katholischen Sozialethik oder doch mit dem zwar modernen, aber zutiefst unmenschlichen Raubtierkapitalismus?

Jürgen Schimrock

Termine

Am **Samstag, dem 23. August ab 14:00 Uhr** findet im Rahmen unserer offenen Mitglieder- versammlung unser jährliches Fest im Hof hinter dem Roten Laden statt. Gäste sind, wie immer, herzlich willkommen. Speisen, musizieren, informieren und diskutieren wollen wir bei hoffentlich schönem Wetter.

Eine „Berliner-Friedenstour“ auf dem Fahrrad unter dem Motto „Nie wieder Krieg – Nie wieder Zwangsarbeit“ ist für **Sonntag, den 31. August** geplant. Beginn ist um **11.45 Uhr** an der Sophie-Scholl-Oberschule, Elßholzstr./Pallasstr. in Schöneberg, Abschluss gegen **14.30 Uhr** am „Vergessenen Lager“ in der Britzer Str./Köllnische Str.

Impressum

Herausgegeben vom Bezirksvorstand der PDS Reinickendorf, V.i.S.d.P.: Klaus Rathmann.

Wir in Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden sind ausdrücklich erwünscht: PDS Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.